

Stober/Ohrtmann (Hrsg.)

Compliance für die öffentliche Verwaltung

**Mit Erläuterungen
für öffentliche Unternehmen**

2., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Compliance für die öffentliche Verwaltung

Mit Erläuterungen für öffentliche Unternehmen

herausgegeben von

Prof. Dr. iur. Dr. h.c. mult. Rolf Stober

em. Direktor des Forschungsinstitutes für Compliance, Sicherheitswirtschaft und
Unternehmenssicherheit an der Deutschen Universität für Weiterbildung, Berlin,
em. Direktor des Instituts für Recht der Wirtschaft, Universität Hamburg

und

Dr. Nicola Ohrtmann

Fachanwältin für Vergaberecht und Partnerin der Kanzlei
AULINGER RECHTSANWÄLTE | NOTARE, Essen

2., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

2. Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-037504-8

E-Book-Formate:
pdf: 978-3-17-037505-5
epub: 978-3-17-037506-2

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Vorwort

Benötigt die Verwaltungspraxis ein Compliance Handbuch? Ist ihre Bindung an Recht und Gesetz nicht durch Art. 20 Abs. 3 GG hinreichend manifestiert? Solche Fragen verdeutlichen das immer noch weit verbreitete Missverständnis, Compliance sei lediglich ein Synonym für Rechts- und Regeltreue. Compliance als mittlerweile etabliertes Thema der Rechtspraxis geht hierüber jedoch weit hinaus, denn der Oberbegriff erfasst vor allem auch die effiziente Organisation von Rechts- und Regelkonformität. Hierbei handelt es sich im Gegensatz zu den auch in der öffentlichen Verwaltung historisch gewachsenen reaktiven internen Kontrollsystemen um einen präventiven Ansatz, der auf Fehlervermeidung statt ausschließlich auf Fehlerrückmeldung und -sanktionierung zielt.

An der Verpflichtung gerade der öffentlichen Hand, Recht, Gesetz und auch moralischen Grundsätzen treu zu sein, besteht überhaupt kein Zweifel. Die Bürger erwarten dies vom Staat als dem originären Sachwalter ihrer Interessen und Steuern viel mehr noch als von Privaten. Die Aufmerksamkeit der Medien in diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren merklich erhöht. Was früher noch als verzeihliche Sünde durchging, wird heute schnell skandalisiert. Mehr als je zuvor muss daher die öffentliche Hand in ihren sämtlichen Erscheinungsformen und Untergliederungen systematisch, zielgerichtet und nachhaltig auf die Einhaltung geltender Standards hinwirken. Compliance-Management-Systeme gelten hierfür als Schlüssel zum Erfolg und sind aus der Rechtspraxis nicht mehr wegzudenken.

Während das Thema über den Public Corporate Governance Kodex in der Unternehmenswirklichkeit vieler großer öffentlicher Unternehmen zwischenzeitlich angekommen wirkt, ist es nach wie vor gerade die öffentliche Verwaltung, die einer compliancegerechten Modernisierung ihrer Organisationsstrukturen zurückhaltend gegenübersteht. Dabei wird übersehen, dass die grundgesetzliche Bindung der vollziehenden Gewalt an Recht und Gesetz in der gelebten Verwaltungspraxis kein Selbstgänger ist.

Diesem Defizit will auch die zweite Auflage des vorliegenden Werkes abhelfen, das eine Lücke im Schrifttum schließt. Denn es fächert erstmals die spezifischen Compliance-Grundlagen der öffentlichen Verwaltung auf, die sich durch vielfältige Besonderheiten von denen der Privatwirtschaft unterscheiden und sich ferner auch auf die Anforderungen an ein Compliance-Management der öffentlichen Verwaltung auswirken. Über dieses generalistische Herzstück hinaus lenkt es den Blick ferner auf die Compliance-Spezifika in öffentlichen Unternehmen. Während in den ersten Abschnitten die allgemeinen Grundlagen erörtert und in § 5 die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen dargestellt werden, konkretisieren die nachfolgenden Abschnitte die praktischen Instrumente des Compliance-Managements.

Das Praxishandbuch vereint durch die Mitwirkung renommierter Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Praxis das Know-how derer, die sich in Deutschland erkennbar fundiert und prominent mit der Thematik Compliance im Bereich der öffentlichen Hand auseinandergesetzt haben.

Die aufwendige Arbeit an der Neuauflage lastete vornehmlich auf den Schultern der Autorinnen und Autoren sowie den Lektorinnen Ina Wailand und Stefanie Föhl, die uns großartig unterstützt und entlastet haben. Ihnen Allen gilt der Dank der Herausgeber für ihren herausragenden Einsatz.

Münster/Essen im Januar 2022

Prof. Dr. jur. Dr. h.c. mult. Rolf Stober und Dr. Nicola Ohrtmann

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	VII
Bearbeiterverzeichnis	XXIV
Abkürzungsverzeichnis	XXVI
A. Compliance-Grundlagen für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen	1
§ 1 Compliance für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen – eine Notwendigkeit? (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	3
I. Compliance als Organisation von Legalität und Wertekultur	3
II. Das Compliance-Umfeld	4
1. Zum Compliance-Begriff	4
2. Compliance als Prävention und Schutz vor Sanktionen	5
3. Compliance als Unternehmenskonformität	5
4. Zur Notwendigkeit von Compliance	6
5. Korrektes Verhalten nach den Fußball-Spielregeln und dem Ampelphasen-Modell	7
III. Compliance für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen	8
1. Literaturlage	8
2. Rechtsetzungs- und Verwaltungspraxis	10
IV. Denkbare Erwägungen für Compliance in der öffentlichen Verwaltung	10
1. Verwaltungsinternes Compliance-System	10
a) Argumente für ein Compliance-System	10
b) Risikobereiche	14
2. Verwaltungsexternes Compliance-System	14
V. Compliance und Drei-Sektoren-Lehre	15
1. Öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen als Zweiter Sektor	15
2. Konstitutive und deklaratorische Compliance	15
VI. Compliance für Privatunternehmen im Spiegel von Wirtschaftsethik und Wirtschaftsregeln	16
1. Die Wirtschaftsethik des Ehrbaren Kaufmanns	16
2. Compliance und Wirtschaftsregeln	17
3. Compliance in Privatunternehmen als deklaratorischer Mehrwert	17
4. Compliance-Funktionen	18
VII. Compliance für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen im Spiegel von Rechtsnormen und Standards	19
1. Verfassungs- und Verwaltungsrecht	19
2. DIN/ISO-Normen	20
3. Compliance in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen als deklaratorischer Mehrwert	22
a) Der verwaltungsethische Rahmen	22
b) Die verwaltungsethischen Grenzen bei der Anwendung Künstlicher Intelligenz	22
c) Die Verwaltungsrealität	23

Inhaltsverzeichnis

d)	Risikopotential bei administrativen Unterstützungsprozessen	24
e)	Deklaratorische Compliance-Funktion	24
VIII.	Rechtspflicht zur Vorhaltung einer staatlichen Compliance-Überwachungsorganisation	25
1.	Beispiel Öffentliches Wirtschaftsrecht.	25
2.	Einzelne Compliance-Ausprägungen	26
a)	Zur Kontrolle wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Pflichten.	26
b)	Cross Compliance bei Wirtschaftsförderungsmaßnahmen	27
c)	Wirtschaftsvölkerrechtliche Compliance	27
IX.	Weitere Compliance-Verwaltungsrechtsgebiete	28
X.	Mittelbare Compliance-Pflichten	28
1.	Vorgaben zum Erlass eigener Vorschriften.	28
2.	Compliance-Pflichten als Teil der Organisations- und Geschäftsleitungsgewalt	28
XI.	Von der deklaratorischen Grundlegung zum inhaltlichen Compliance-Management-Konzept.	28
§ 2	Compliance im Staat und in der EU (<i>Prof. Dr. Matthias Knauff</i>)	30
I.	Maßstäbe.	30
1.	Recht als ausschließlicher Maßstab?	30
2.	Bedeutung differenzierender Bindungswirkungen des Rechts	32
II.	Verfassungs- und primärrechtliche Anknüpfungspunkte für Compliance-Maßnahmen.	33
1.	Rechtsstaat und Demokratie	33
2.	Grundrechte	34
III.	Realisierung.	35
1.	Ebenenübergreifende Kooperations- und Rücksichtnahmegebote	36
a)	In Bezug auf die EU.	36
b)	Im Bundesstaat	36
2.	Ausgestaltung der Rechtsstellung der Staats- und EU-Organe	37
3.	Zuweisung von Verantwortung	38
4.	Sicherungsmechanismen und Kontrollinstrumente	38
a)	Verwaltungsinterne Maßnahmen	39
b)	Verwaltungsexterne Kontrolle	42
IV.	Sanktionierung von Fehlverhalten.	43
§ 3	Compliance im Spannungsfeld von Verwaltungsethos und Verwaltungskultur (<i>o.em. Prof. Dr. Detlef Merten</i>)	44
I.	Schwierigkeiten der Begriffsabgrenzung.	44
1.	Vagheit und Unbestimmtheit des Begriffs.	44
2.	Unterscheidung von Compliance im engeren und im weiteren Sinne.	44
II.	Übertragbarkeit von Compliance auf die öffentliche Verwaltung	45
1.	Tauglichkeit von Compliance im engeren Sinne für die öffentliche Verwaltung.	45

Inhaltsverzeichnis

2.	Die Bedeutung von Compliance im weiteren Sinne für die öffentliche Verwaltung	47
III.	Compliance und Verwaltungsethos	48
1.	Allgemeines	48
2.	Verwaltungsethik als Teil der Staatsethik.	49
a)	Prinzipien der Staatsethik	49
b)	Gesetzgebungsethik, richterliche Ethik, Verwaltungsethik.	50
c)	Besonderheiten der Verwaltungsethik	51
IV.	Compliance und Verwaltungskultur	58
1.	Zum Begriff der „Verwaltungskultur“	58
a)	„Verwaltungskultur“ als höher entwickelte Stufe der Verwaltung	58
b)	„Verwaltungskultur“ und „Verwaltungsethik“.	59
2.	„Verwaltungskultur“ im Lichte von Compliance	59
§ 4	Compliance als Bestandteil guter Verwaltung und Unternehmensführung (Prof. Dr. Dr. Markus Thiel).	60
I.	Compliance als qualitatives Element von Verwaltung und Unternehmertum	60
II.	„Gute Verwaltung“	62
1.	Begriff und Funktion der „guten Verwaltung“.	62
2.	Maßstäbe „guter Verwaltung“	64
III.	„Gute Unternehmensführung“	65
1.	Begriff und Funktion der „guten Unternehmensführung“.	65
2.	Maßstäbe „guter Unternehmensführung“	66
IV.	Compliance als Bestandteil „guter Verwaltung“ und „guter Unternehmensführung“	67
1.	Compliance und „gute Verwaltung“.	67
2.	Compliance und „gute Unternehmensführung“	68
§ 5	Compliance-Regeln für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen	72
I.	Verhaltensregeln als Basis einer wirksamen Compliance (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober).	72
1.	Lückenhafte Rechtsgrundlagen und Verhaltensregeln.	72
2.	Vielfalt der Rechtsgrundlagen und Verhaltensregeln.	73
II.	Allgemeine öffentlich-rechtliche Grundlagen (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober).	73
1.	Compliance als Unions-, Verfassungs- und Verwaltungsrechtskonformität (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	73
a)	Unionsrechtliche Grundlagen	73
b)	Verfassungsrechtliche Grundlagen in Bundes- und Landesrecht.	74
1a.	Whistleblowing (Dr. Michaela Möhlenbeck).	74
2.	Bundesverwaltungsrechtliche Grundlagen (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	75
3.	Landesverwaltungsrechtliche Grundlagen (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	76

Inhaltsverzeichnis

4.	Selbstverwaltungsrechtliche Grundlagen (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	76
5.	Verwaltungsvorschriften (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	76
6.	Verhaltenskodizes und Leitbilder (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	77
III.	Strafrechtliche Grundlagen (Dr. Gunnar Greier)	78
1.	Amtsträgerbegriff i. S. d. § 11 Abs. 1 Nr. 2 StGB und Euro- päischer Amtsträger i. S. d. § 11 Abs. 1 Nr. 2 a) StGB	79
a)	Beamte oder Richter, § 11 Abs. 1 Nr. 2 a) StGB	79
b)	Sonstiges öffentlich-rechtliches Amtsverhältnis, § 11 Abs. 1 Nr. 2 b) StGB.	79
c)	Sonstige Bestellung zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben, § 11 Abs. 1 Nr. 2 c) StGB.	80
d)	Europäischer Amtsträger, § 11 Abs. 1 Nr. 2 a) StGB .	84
2.	Relevante Straftatbestände	84
a)	Vorteilsannahme, § 331 StGB.	84
b)	Vorteilsgewährung, § 333 StGB	88
c)	Bestechlichkeit, § 332 StGB	89
d)	Bestechung, § 334 StGB	90
e)	Besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Be- stechung, § 335 StGB	90
f)	Ausländische und Internationale Bedienstete	91
g)	Verletzung von Privat- oder Dienstgeheimnissen, §§ 203, 353b StGB	91
3.	Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Ver- kehr, § 299 StGB, Korruption im Gesundheitswesen, §§ 299a, b StGB.	91
4.	Begleitdelikte	94
a)	Betrug, § 263 StGB.	94
b)	Untreue, § 266 StGB.	95
c)	Delikte im Zusammenhang mit der Aufdeckung ei- ner Straftat, §§ 258, 258a, 357 StGB	97
d)	Wettbewerbsbeschränkende Absprachen, § 298 StGB	97
IV.	Ordnungswidrigkeitenrechtliche Grundlagen (Dr. Michaela Möhlenbeck)	98
1.	Anwendungsbereich auf die öffentliche Verwaltung.	99
a)	Anwendung gemäß § 9 OWiG	99
b)	Möglichkeit der Verhängung einer Geldbuße gegen eine juristische Person des öffentlichen Rechts ge- mäß § 30 OWiG.	99
c)	Sanktionierung einer Aufsichtspflichtverletzung bei öffentlichen Unternehmen gemäß § 130 Abs. 2 OWiG.	100
2.	Einzelne Tatbestände	100
a)	Verletzung der Aufsichtspflicht, § 130 OWiG.	100
b)	Weitere ordnungswidrigkeitenrechtliche Tatbestände	102
V.	Zivilrechtliche Grundlagen (Dr. Markus Haggenev)	102
1.	Abgrenzung von Zivilrecht und Öffentlichem Recht	103
2.	Das Zivilrecht als Lückenfüller im Öffentlichen Recht. . .	103

Inhaltsverzeichnis

3.	Handeln der Verwaltung nach Privatrecht.	104
a)	Bedarfsdeckung	104
b)	Erwerbswirtschaftliche Tätigkeit.	104
c)	Erledigung von Verwaltungsaufgaben in privatrechtlicher Form (Verwaltungsprivatrecht)	105
d)	Keine Flucht ins Privatrecht.	105
4.	Wichtige Normen aus dem Zivilrecht für die öffentliche Verwaltung und öffentliche Unternehmen	105
5.	Folgen für die Compliance-Organisation	106
VI.	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen (<i>Dr. Markus Haggenev</i>)	106
VII.	Kartellrechtliche Grundlagen (<i>Prof. Dr. Johannes Heyers</i>)	107
1.	Einleitung	107
2.	Rechtliche Grundlagen	109
a)	Kartellrechtlicher Unternehmensbegriff und Anwendbarkeit des Kartellrechts	109
b)	Kartellrechtlich relevanter Markt	111
c)	Formen von Wettbewerbsbeschränkungen und ihre gesetzliche Regelung.	113
3.	Einzelfragen	125
a)	Kartellrechtliche Restriktionen bei Beteiligungsmodellen und Kooperationen.	125
b)	Change of Control	130
c)	Kartellrechtliche Schadensersatzansprüche von kommunalen Unternehmen als von Kartellen Geschädigte.	132
d)	Wettbewerbsregister	139
e)	Wasserpreise, Tarifgestaltung und Informationsfreiheit	142
f)	Konzessionen.	153
VIII.	Arbeitsrechtliche Grundlagen (<i>Prof. Dr. Anja Mengel/Dr. Rüdiger Hopfe</i>)	164
1.	Compliance- und Ethikrichtlinien als Inhalt des Arbeitsverhältnisses	165
a)	Arbeitgeberseitiges Direktionsrecht.	166
b)	Arbeitsvertragliche Vereinbarungen	168
c)	Betriebsvereinbarungen und Dienstvereinbarungen	170
2.	Mitbestimmungsrechte des Betriebs- beziehungsweise Personalrats bei der Implementierung von Compliance- und Ethikrichtlinien.	171
a)	Allgemeines.	171
b)	Mitbestimmungstatbestände	171
IX.	Vergaberechtliche Grundlagen (<i>Dr. Nicola Ohrtmann</i>)	174
1.	Bedeutung und Funktion von Compliance für die öffentliche Auftragsvergabe.	174
2.	Auftragsvergaberechtliche Grundlagen	176
a)	Regelungsrahmen für Auftragsvergaben von grenzüberschreitendem Interesse	176
b)	Regelungsrahmen für nationale Auftragsvergaben	185
c)	Subventionsrechtliche Bindungswirkungen	185

Inhaltsverzeichnis

3.	Anwendung des Auftragsvergaberechts in der Verwaltungspraxis	186
a)	Die acht Maximen des Vergaberechts	187
b)	Der Grundsatz der Vergabe an geeignete Unternehmen	193
c)	Die richtige Verfahrenswahl	196
d)	Typische Stolpersteine des Vergabeverfahrens	198
4.	Fazit	214
X.	Datenschutzrechtliche Grundlagen (<i>Dr. Jan-Peter Obrtmann</i>)	215
1.	Einführung	215
a)	Anwendbare Normen	215
b)	Datenschutzgrundsätze	217
2.	Anforderungen im Einzelnen	217
a)	Zulässigkeit	217
b)	Dienstleister	218
c)	Drittlandtransfers	219
d)	Datenschutz durch Technikgestaltung und datenschutzfreundliche Voreinstellungen	220
e)	Datenschutz-Folgenabschätzung	220
f)	Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten	221
g)	Transparenzgrundsatz	221
h)	Betroffenenrechte	221
i)	Behördlicher Datenschutzbeauftragter	222
j)	Datensicherheit	222
k)	Datenvorfälle	222
l)	Sanktionen	222
3.	Zusammenfassung	223
XI.	Steuerrechtliche Grundlagen (<i>Dr. Volker Weinreich</i>)	223
1.	Besteuerung der öffentlichen Hand und ihrer Unternehmen	223
a)	Körperschaftsteuer	223
b)	Gewerbsteuer	225
c)	Umsatzsteuer	225
d)	Grunderwerbsteuer	227
e)	Lohnsteuer	228
2.	Erfüllung der steuerlichen Pflichten	228
a)	Handeln des gesetzlichen Vertreters	229
b)	Haftung des Vertreters	229
3.	Strafbarkeit wegen Steuerhinterziehung	230
XII.	Umweltrechtliche Grundlagen (<i>apl. Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt</i>)	231
1.	Kontext	231
2.	Schwerpunkte	232
3.	Besonderheiten der Umweltrechts-Compliance von öffentlichen Unternehmen	235
a)	Besondere Umweltschutzpflichten der öffentlichen Hand	235
b)	Umweltschutzprivilegien der öffentlichen Hand	235
4.	Organisation von Umweltrechts-Compliance	235

Inhaltsverzeichnis

5.	Risiken mangelnder Compliance	236
a)	Compliance und Umwelthaftung	236
b)	Compliance und Umweltstrafrecht	236
XIII.	Corporate Governance Kodizes (<i>Dr. Markus Haggene</i> y)	237
1.	Deutscher Corporate Governance Kodex (DCGK)	237
2.	Public Corporate Governance Kodizes	239
XIV.	Prüfungsstandard IDW PS 980 (<i>Wolf Achim Tönn</i> es)	239
1.	Allgemeines	239
2.	Gegenstand, Ziel und Umfang der Prüfung	240
3.	Grundelemente eines CMS	241
XV.	DIN/EN und ISO-Grundlagen (<i>Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober</i>)	242
§ 6	Compliance Officer als berufliche Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen (<i>Burkhard Arts</i>)	244
I.	Der Compliance Officer in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen	244
II.	Der Compliance Officer aus der Perspektive der Rechtsprechung	244
III.	Der Compliance Officer aus der Perspektive des Gesetzgebers	246
1.	§§ 76 Abs. 1, 91 Abs. 2, 161 AktG i. V. m. Ziff. 4.1.3 DCGK	247
2.	§ 43 Abs. 1 GmbHG	247
3.	§§ 130 Abs. 1, Abs. 2, 30, 9 OWiG	248
IV.	Zur Qualifikation des Compliance Officers	248
V.	Die Aufgaben des Compliance Officers	250
VI.	Zur Rechtsstellung des Compliance Officers	251
1.	Status	251
2.	Haftung	252
a)	Strafrecht	252
b)	Zivilrecht	253
§ 7	Compliance Realität und Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung (<i>Prof. Dr. Kai-D. Bussmann</i>)	255
I.	Verbreitung von Korruption	255
1.	Kriminalitätsrisiken in der öffentlichen Verwaltung	255
2.	„Wachstumsbranche“ Korruption?	257
3.	Kontrollparadox	258
II.	Direkte und indirekte Schäden der Korruption	259
1.	Schädigung des Gemeinwesens und der Demokratie	259
2.	Der volkswirtschaftliche Schaden von Korruption	261
3.	Korruption und Steuermoral	261
4.	Verschwendung, Staatsverschuldung und Sicherheitsrisiken	262
III.	Täterprofile	263
1.	Der unauffällige Mitarbeiter	263
2.	Psychologische Merkmale	264
3.	Merkmal Geschlecht	265

Inhaltsverzeichnis

IV.	Ursachen	268
1.	Werteverfall oder Rationalität unabhängiger Funktionssysteme?	268
2.	Soziale Netzwerke	270
3.	Mangelnde Transparenz und defizitäre demokratische Strukturen	271
4.	Sozialstruktur	272
5.	Kulturdimensionen	273
V.	Korruptionsprävention in der Gesellschaft	276
VI.	Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung	278
1.	Vorbildfunktion für die Gesellschaft – Wertevermittlung	278
2.	Reaktion und Sanktion	279
3.	Schlanke Verwaltung und angemessene Vergütung	280
4.	Verbreitung von Schwachstellen in der Compliance-Organisation	281
5.	Definition korruptionsgefährdeter Arbeitsgebiete	282
6.	Prävention und Aufdeckung durch Hinweisgebersystem.	283
7.	Korruptionsregister und Melde- und Informationsstellen für Vergabesperrn.	285
8.	Integrität, Fairness und Organisationskultur einer Behörde.	285
§ 8	Compliance als betriebswirtschaftliche Herausforderung in der öffentlichen Verwaltung (Prof. Dr. Dr. Markus Thiel).	289
I.	Einleitung	289
II.	Compliance in der öffentlichen Verwaltung und in öffentlichen Unternehmen, Anstalten und Körperschaften	289
1.	Compliance in der öffentlichen Verwaltung	289
2.	Compliance bei öffentlichen Unternehmen	290
III.	„Regelkonformität“ als Kosten- und Nutzenfaktor.	290
IV.	Kostenaufwand für „Good Governance“, „gute Verwaltung“ und Compliance.	291
V.	Fazit	292
B.	Compliance-Standards für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen	295
§ 9	Compliance-Management-Standards für die öffentliche Verwaltung und für öffentliche Unternehmen (Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)	297
I.	IDW-Prüfungsstandard 980.	297
II.	Vier-Schritt-Methode	298
III.	Vier-Schritt-Methode und ISO 19600.	300
IV.	Die Stationen der Vier-Schritt-Methode	301
1.	Zur Compliance-Analyse	301
2.	Zur Compliance-Umsetzung.	302
a)	Organisationsform	302
b)	Organisationsprinzipien	303
c)	Compliance-Maßnahmen	303
3.	Zur Compliance-Überwachung	304
4.	Zur Compliance-Optimierung	304
V.	Compliance unter der Prämisse der Verhältnismäßigkeit	305

Inhaltsverzeichnis

§ 10 Compliance-Analyse	307
I. Compliance-Werteanalyse <i>(Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)</i>	307
1. Compliance Werteableitung aus dem Verwaltungs-, Unter- nehmens- oder Gesetzeszweck	307
2. Compliance als Amts- und Verwaltungsethos	307
II. Compliance-Normenanalyse <i>(Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober)</i>	308
III. Compliance-Schwachstellen- und Risikoanalyse für die öffentli- che Verwaltung <i>(Bettina Döbbe)</i>	309
1. Beschaffungswesen	309
a) Zu berücksichtigende Risiken	310
b) Typische Fehler und deren Ursache	312
c) Passende und bewährte Compliance-Maßnahmen	312
d) Vermeidung von Korruptionsrisiken	316
e) Compliance in der Vertragsabwicklung	318
f) Fazit	319
2. Besondere Risiken im Verwaltungshandeln	319
3. Personalwesen	322
a) Typische Risiken bei den Beschäftigten	322
b) Typische Risiken bei Beamten	323
c) Allgemeine Compliance-Themen des Personalwesens	324
d) Einbindung des Personalrats	324
e) Haushaltswesen	325
§ 11 Compliance-Umsetzung	331
I. Vertrauen als Grundbaustein des Compliance-Managements <i>(Sebastian Festag)</i>	331
1. Compliance und deviantes Verhalten	331
a) Modi Operandi der Compliance	331
b) Compliance und Devianz	332
2. Vertrauen	334
3. Vertrauen als integraler Bestandteil der Compliance-Archi- tektur?	336
a) Die Wirkung von Compliance auf Vertrauen	336
b) Vertrauen als Instrument der Compliance	337
II. Personal- und Dienstrechtsmanagement <i>(Prof. Dr. Anja Mengel/Dr. Rüdiger Hopfe)</i>	340
1. Persönlichkeitsrechtsschutz	340
a) Schutz vor Diskriminierungen – Allgemeines Gleich- behandlungsgesetz	341
b) Schutz vor (sexueller) Belästigung	342
c) Schutz vor Mobbing/Schutz vor Stalking	343
2. Datenschutz und Telekommunikationssicherheit am Ar- beitsplatz	344
a) Überwachung von dienstlichen Daten und Unterla- gen	345
b) Überwachung der Telekommunikation	345
c) Weitere Maßnahmen zur Einhaltung des Daten- schutzes	349
d) Videoüberwachung am Arbeitsplatz	349

Inhaltsverzeichnis

3.	Arbeits- und Gesundheitsschutz	351
4.	Arbeitszeit	352
5.	Implementierung von Hinweisgeber-Systemen (Whistleblower-Hotlines)	353
III.	Organisations-Management	354
1.	Verwaltungsorganisations-Optionen (<i>Dr. Martin Auer</i>)	354
a)	Compliance zur Bekämpfung von Vollzugsdefiziten	354
b)	Pflicht zur Einrichtung einer Compliance-Organisation	355
c)	Aufgaben, Kompetenzen und Stellung einer Compliance-Organisation	356
d)	Compliance ist keine kurzzeitige Mode.	366
2.	Personalorganisationsprinzipien (<i>Dr. Nicola Obrtmann</i>)	368
a)	Aufgaben- und Funktionstrennung.	369
b)	Mehraugenprinzip	369
c)	Rotationsprinzip	370
d)	Transparenzprinzip.	374
e)	Dokumentationsprinzip	374
f)	Anzeige- und Genehmigungsprinzip.	374
g)	Fazit.	375
3.	Besondere Compliance-Kontrollinstanzen.	376
a)	Dienst- und Fachaufsicht (<i>Bettina Döbbe</i>).	376
b)	Aufsichtsgremien (Aufsichtsrat/Verwaltungsrat) (<i>Dr. Robert F. Heller</i>)	383
c)	Rechnungsprüfung (<i>Wiebke Aust</i>)	387
IV.	Compliance-Maßnahmen-Management (<i>Dr. Martin Auer</i>)	392
1.	Präventionsmanagement.	393
a)	Korruptionsbekämpfung.	393
b)	Kartellrecht	394
c)	Zuwendungen einschließlich Hospitality.	395
d)	Sponsoring und Spenden	402
e)	Human Resources	404
f)	Lieferanten-Compliance	406
g)	Weitere mögliche Kernprozesse	407
2.	Schulungen und Belehrungen.	408
a)	Führungskräfte	408
b)	Vertrieb und vertriebsnahe Bereiche	408
c)	Einkauf.	408
d)	Marketing und Veranstaltungsmanagement	408
e)	Infrastruktur, Bau und Immobilien (Facility Management)	408
f)	Wiederholungen, Organisatorisches	408
3.	Reporting.	409
4.	Compliance-Management-Erklärung (CME)	410
V.	Regelwerk-Management (<i>Dr. Martin Auer</i>)	411

Inhaltsverzeichnis

1.	Code of Conduct (Verhaltenskodex)	412
a)	Soll-Zustand	412
b)	Vorschlag für Inhalte	413
2.	Compliance-Handbuch	414
a)	„Tone from the Top“.	414
b)	Materieller Teil	414
c)	Organisatorischer Teil	415
d)	Prozesse	415
e)	Implementierung, Aktualisierung und Zertifizierung	416
VI.	Kommunikations-Management (<i>Prof. Dr. Claudia Janßen Danyi</i>)	417
1.	Kommunikation und Organisation	417
2.	Schnittstellen zwischen Kommunikations-Management und Compliance	419
a)	Legitimität, Kommunikation und Compliance.	420
b)	Reputation, Kommunikation und Compliance	421
c)	Organisationskultur, Kommunikation und Compliance	422
3.	Interne Kommunikation im Compliance-Prozess.	423
a)	Strategische Kommunikationsziele und Zielgruppen.	424
b)	Kommunikationsmaßnahmen	425
VII.	Versicherungs-Management (Directors & Officers Liability Insurance) (<i>Prof. Dr. Paul Melot de Beaugard</i>)	426
1.	Schaden und Haftung	426
a)	Haftungsgrundlagen	426
b)	Schaden und Regress	426
2.	Die D&O-Versicherung	426
3.	Aufbau einer D&O-Versicherung.	427
4.	Inhalt einer D&O-Versicherung.	428
5.	Kommunaler Freistellungsanspruch	428
6.	Zeitlicher Umfang des Versicherungsschutzes	429
7.	Selbstbehalt	430
a)	Gesetzlich verpflichtender Selbstbehalt	430
b)	Freiwilliger Selbstbehalt	430
c)	Selbstbehaltsversicherung	431
8.	Besondere Verhaltensobliegenheiten.	431
a)	Vorvertragliche Anzeigeobliegenheiten	431
b)	Obliegenheit nach Eintritt des Versicherungsfalls	431
9.	Steuerliche Behandlung einer D&O-Versicherung	432
a)	Für das öffentliche Unternehmen.	432
b)	Für das Organ bzw. den Arbeitnehmer	432
VIII.	Compliance-Management in der Vergabestelle (<i>Dr. Nicola Ohrtmann</i>)	432
1.	Einleitung	432
2.	Risikoanalyse	433
3.	Compliance-Instrumente im Beschaffungswesen	433
a)	Erstellung von Pflichtenheft und Status-quo-Analyse der Beschaffungsrisiken.	434
b)	Compliance-Regelwerk Beschaffung/Praxisleitfaden	435

Inhaltsverzeichnis

c)	Verhaltenskodex/Leitlinie/Richtlinien für den Umgang mit Einladungen und Geschenken, Spenden und Sponsoring (Korruptionsprävention und -bekämpfung)	435
d)	Dokumentation der Aufsichts- und Leitungspflichten/Zuständigkeitenregelung	436
e)	Whistleblower-Hotline und Ombudsperson	436
f)	Schulungen	437
g)	IT-Systeme	438
h)	Zertifizierungen	440
i)	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	440
4.	Fazit	440
IX.	Datenschutz-Management (<i>Matthias Bleidiesel</i>)	441
1.	Einleitung	441
2.	Anwendbare Normen	442
3.	Rechtliche Anforderungen	443
4.	Inhaltliche Vorgaben der Gesetze	444
5.	Inhaltliche Vorgaben an ein Datenschutz-Management-System im Detail	445
a)	Rechtmäßigkeit der Verarbeitung	446
b)	Transparenz	446
c)	Zweckbindung	446
d)	Datenminimierung	447
e)	Richtigkeit der Daten	447
f)	Speicherbegrenzung	447
g)	Integrität	447
h)	Vertraulichkeit	447
i)	Rechenschafts- und Nachweispflicht	447
j)	Identifizierung und Authentifizierung	447
k)	Unterstützung bei der Wahrnehmung von Betroffenenrechten	447
l)	Auskunftsmöglichkeit über Daten	447
m)	Berichtigungsmöglichkeit von Daten	448
n)	Löschbarkeit von Daten	448
o)	Einschränkbarkeit der Datenverarbeitung	448
p)	Datenübertragbarkeit	448
q)	Widerspruchsmöglichkeit	448
r)	Eingriffsmöglichkeit in Prozesse automatisierter Entscheidungen	448
s)	Fehler- und Diskriminierungsfreiheit beim Profiling	448
t)	Geeignete technische und organisatorische Maßnahmen	448
u)	Datenschutz durch Voreinstellungen, Datenschutz durch Technikgestaltung	449
v)	Verfügbarkeit	449
w)	Belastbarkeit	449
x)	Wiederherstellbarkeit	449
y)	Evaluablebarkeit	449
z)	Behebung und Abmilderung von Datenschutzverletzungen	449
ab)	Angemessene Überwachung der Verarbeitung	449

Inhaltsverzeichnis

6.	Systematisierung in einem Management-System	449
a)	Datenschutzstrategie	450
b)	Datenschutzrichtlinie	450
c)	Datenschutzorganisation	450
d)	Risikoanalyse	450
e)	Vorfallsmanagement	450
f)	Mitarbeiterschulungen	450
g)	Datenschutzprogramm	451
h)	Kenntnis DSMS	451
i)	Rechenschaftspflicht	451
j)	Kontinuierlicher Verbesserungsprozess	451
7.	Standarddatenschutz-Modell der Aufsichtsbehörden.	452
a)	Datenminimierung	452
b)	Intervenierbarkeit	452
c)	Vertraulichkeit	452
d)	Verfügbarkeit	453
e)	Integrität	453
f)	Transparenz	453
g)	Nichtverkettung	453
h)	Übersicht datenschutzrechtliche Anforderungen.	453
i)	Gewährleistungsziele nach dem SDM	454
8.	Vorgehensweise beim Aufbau eines Datenschutz-Management-Systems	454
a)	Analyse	456
b)	Konzeption	456
c)	Einführung	456
d)	Betrieb des Datenschutz-Management-Systems	457
X.	Whistleblowing-Management (Dr. Michaela Möhlenbeck)	458
1.	Status quo	458
2.	EU-Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden.	458
a)	Anwendungsbereich und Voraussetzungen für den Hinweisgeberschutz	459
b)	Pflicht zur Einrichtung und Anforderungen an ein internes Hinweismanagementsystem.	464
c)	Pflicht zur Einrichtung externer Meldekanäle	466
d)	Vorschriften/Anforderungen an den Umgang mit internen und externen Meldungen	467
e)	Schutzmaßnahmen.	468
f)	Umsetzung in das nationale Recht durch den deutschen Gesetzgeber	470
3.	Ausblick.	470
§ 12	Compliance-Überwachung und Sanktionierung.	471
I.	Nicht-Compliance in der öffentlichen Verwaltung (Prof. Dr. Matthias Kötter/Dr. Konstantin von Busekist)	471
1.	Nicht-Compliance und Gesetzesbindung in der öffentlichen Verwaltung	471
a)	Nicht-Compliance als Regelverstoß.	471
b)	Nicht-Compliance als Fehlen adäquater Sicherungsmechanismen	472

Inhaltsverzeichnis

2.	Folgen von Nicht-Compliance in der öffentlichen Verwaltung.	473
a)	Rechtswidrigkeit des Verwaltungshandelns	473
b)	Steuerungsversagen und Ineffektivität der Verwaltung.	474
c)	Wirtschaftlicher Schaden und Ineffizienz der Verwaltung.	475
d)	Ideeller Schaden und Vertrauensverlust.	475
II.	Compliance-Überwachung: Standards und Monitoring (Prof. Dr. Matthias Kötter/Dr. Konstantin von Busekist)	476
1.	Compliance-Management-Systeme in der öffentlichen Verwaltung	477
a)	CMS- und Kontrollstandards	477
b)	Compliance-Überwachung in der öffentlichen Verwaltung	479
2.	Compliance-Überwachung in der hierarchischen Verwaltung.	482
a)	Gesetzgebung	483
b)	Öffentlicher Dienst.	484
c)	Verwaltungsorganisation	485
d)	Budgetsteuerung	486
e)	Gerichtliche Kontrolle	486
f)	Kontrollen durch andere Stellen der Exekutive.	486
3.	Compliance-Überwachung bei atypischen Verwaltungsformen.	487
a)	Mittelbare Staatsverwaltung.	487
b)	Öffentliche Unternehmen insbes. Verwaltungsgesellschaften	488
c)	Erfüllung von Verwaltungsaufgaben durch Verwaltungshelfer	488
III.	Aufdeckungs- und Ermittlungsmanagement (Dr. Christiane Freund)	489
1.	Einleitung und Planung der Sachverhaltsaufklärung	490
2.	Sicherstellung der erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen	491
3.	Organisation und Leitung der Sachverhaltsaufklärungsmaßnahmen	492
a)	Entwicklung eines Untersuchungskonzepts	492
b)	Fachliche Leitung des Ermittlungsteams	492
c)	Koordination und Kontrolle von Untersuchungsmaßnahmen	492
d)	Interne Kommunikation und Information.	493
e)	Schnittstellenfunktion für staatliche Ermittlungsbehörden	493
IV.	Reaktions- und Sanktions-Management	494
1.	Dienst- und Arbeitsrecht (Prof. Dr. Anja Mengel/Dr. Rüdiger Hopfe)	494
a)	Arbeitsrechtliche Maßnahmen	494
b)	Reaktion gegenüber Informanten (Whistleblowern)	503
c)	Arbeitsrechtliche Reaktionen auf die Ergebnisse einer internen Untersuchung (Investigation)	506
d)	Herausgabeanspruch bei pflichtwidriger Annahme von Vergünstigungen	507

Inhaltsverzeichnis

e)	Disziplinarrechtliche Maßnahmen bei Beamten	507
2.	Haftungs- und Schadensersatzrecht (<i>Dr. Jens Tobias Gruber</i>)	508
a)	Allgemeines.	508
b)	Aktiengesellschaft.	509
c)	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	517
d)	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	519
3.	Vergaberecht (<i>Dr. Nicola Obhtmann</i>)	523
a)	Allgemeine Rechtsfolgen von Vergaberechtsverstößen des Auftraggebers.	523
b)	Haftung für Compliance-Verstöße bei der Auftragsvergabe	527
c)	Fazit.	537
4.	Strafrecht (<i>Dr. Holger Niehaus</i>)	538
a)	Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	538
b)	Persönliche Strafbarkeit/kein Unternehmensstrafrecht.	538
c)	Einziehung von Taterträgen bei Unternehmen (§ 73b StGB)	538
d)	Strafbarkeit der handelnden Personen bei „Nicht-Compliance“; Tun und Unterlassen; Garantienstellung	539
e)	Kein Straftatbestand der Nicht-Compliance.	539
f)	Anknüpfungspunkte für eine Strafbarkeit bei Nicht-Compliance.	539
g)	Insbesondere zu den Korruptionsdelikten (§§ 331 ff. StGB) sowie zur Bestechung und Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) im Zusammenhang mit der öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Unternehmen	540
h)	Unterlassungs-Strafbarkeit von Leitungspersonen des Unternehmens („Geschäftsherrenhaftung“) oder des Compliance-Beauftragten	541
5.	Ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Dr. Holger Niehaus</i>)	546
a)	Unternehmensgeldbuße („Verbandsgeldbuße“), § 30 OWiG.	546
b)	Persönliche Haftung des Betriebsinhabers oder gleichgestellter Personen; Aufsichtspflichtverletzung, § 130 OWiG	548
V.	Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen (<i>Dr. Gunnar Greier</i>)	551
1.	Staatsanwaltschaft	552
2.	Polizeibehörden	559
3.	Finanzbehörden	560
4.	Weitere Aufsichtsbehörden mit Ermittlungsbefugnissen . .	562
VI.	Compliance Evaluation (<i>Prof. Dr. Kai-D. Bussmann</i>)	562
1.	Begriff und Funktion.	562
2.	Hellfeld-Dunkelfeld	563
3.	Aufhellung des Dunkelfelds durch Befragung	563

Inhaltsverzeichnis

a)	Befragungsmethode und deren Auswahl	563
b)	Auswahl der Zielgruppe	564
c)	Repräsentativität	564
d)	Konstruktion des Fragebogens	564
e)	Eigene Fachkompetenz	565
4.	Compliance-Realität und Organisationskultur	565
a)	Teilnahmebereitschaft	565
b)	Fremdeinschätzung	565
c)	Informelle Sozialkontrolle	565
d)	Organisationskultur und Werte	565
e)	Empirische Ergebnisse für den Faktor „informelle Sozialkontrolle“	567
5.	Zusammenfassung	567
C.	Compliance-Management in öffentlichen Unternehmen auch unter Berücksichtigung von IDW PS 980	569
§ 13	Compliance-Anforderungen an öffentliche Unternehmen	571
I.	Gesellschaftsrechtliche Compliance <i>(Dr. Markus Haggney)</i>	571
1.	Vorbemerkung	571
2.	Compliance-Anforderungen in der Aktiengesellschaft	572
a)	Organisationsverfassung einer Aktiengesellschaft	572
b)	Compliance-Anforderungen an den Vorstand	572
c)	Compliance-Anforderungen an den Aufsichtsrat	574
3.	Compliance-Anforderungen in der GmbH	575
a)	Compliance als Aufgabe der Geschäftsführung	575
b)	Gesellschaftsrechtliche Frühwarnsysteme	576
4.	Gemeindefirtschaftsrecht versus Gesellschaftsrecht	577
5.	Konzernrecht	579
6.	Vorgaben für den Eigenbetrieb und die Anstalt öffentli- chen Rechts	580
II.	Kartellrechts-Compliance <i>(Prof. Dr. Johannes Heyers)</i>	583
1.	Allgemeines	583
2.	Eckpunkte einer Ausgestaltung	584
III.	Personal-Compliance <i>(Prof. Dr. Anja Mengel/Dr. Rüdiger Hopfe)</i>	586
1.	Vorbemerkung	586
2.	Organisatorische Maßnahmen	587
3.	Maßnahmen vor, während und nach der Einstellung	588
a)	Personalsuche	588
b)	Eintritt	589
c)	Entwicklung und Verwaltung	589
d)	Ausscheiden	589
IV.	Compliance-Management im Unternehmenseinkauf <i>(Dr. Nicola Obhtmann)</i>	590
V.	Datenschutz-Management <i>(Matthias Bleidiesel)</i>	590
VI.	Steuerrechts-Compliance <i>(Dr. Volker Weinreich)</i>	593
1.	Notwendigkeit der Steuerrechts-Compliance	593
a)	Pflicht zur Buchführung	594

Inhaltsverzeichnis

b)	Zuständigkeit für die Erfüllung der steuerlichen Pflichten	594
2.	Einrichtung eines Tax-Compliance-Management-Systems	595
a)	Zweck des TCMS	595
b)	Grundelemente eines TCMS	596
c)	Zuständigkeit für die Einrichtung eines TCMS	597
3.	Ausgestaltung eines TCMS am Beispiel der Neuregelung der Umsatzbesteuerung durch § 2b UStG	597
VII.	Umweltrechts-Compliance (<i>apl. Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt</i>)	598
1.	Kontext	598
2.	Varianten	599
a)	Betrieblicher Umweltschutz	599
b)	Öko-Audit	602
c)	Autonome Compliance	605
VIII.	Public Corporate Governance Kodex (<i>Dr. Markus Haggene</i> y)	606
1.	Ratio und Rechtsnatur eines PCGK	607
2.	Der Deutsche Public Corporate Governance-Musterkodex a) Aufgaben und Funktionen des DPCG-M	608
b)	„Comply or Explain“ als Grundprinzip	609
c)	Compliance-Regelungen im DPCG-M	609
d)	Bewertung und Ausblick	610
3.	Der PCGK des Bundes	611
a)	Anwendung des PCGK des Bundes	611
b)	„Comply or Explain“ als Grundprinzip	612
c)	Compliance-Regelungen im PCGK des Bundes	613
4.	Der PCGK auf Bundesländerebene	613
5.	Der PCGK auf kommunaler Ebene	614
IX.	Prüfungsstandard IDW PS 980 (<i>Wolf Achim Tönn</i> es)	615
	Stichwortverzeichnis	619

Bearbeiterverzeichnis

- Burkhard Arts*, Städt. Rechtsdirektor, Justiziar im Rechtsamt der Stadt Essen
- Dr. Martin Auer*, Rechtsanwalt, Chefsyndikus und Bereichsleiter Konzernrecht, Compliance und Materialwirtschaft, MVV Energie AG, Mannheim
- Wiebke Aust*, Leitende Regierungsdirektorin, Rechnungshof der Freien und Hansestadt Hamburg
- Matthias Bleidiesel*, Rechtsanwalt, IT- und Datenschutzrecht, PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, Düsseldorf
- Dr. Konstantin von Busekist*, Rechtsanwalt, Partner, Leiter der Compliance & Investigation Practice der KPMG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Düsseldorf
- Prof. Dr. Kai-D. Bussmann*, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie, Halle (Saale)
- Bettina Döbbe*, Leitende Städtische Rechtsdirektorin, Leiterin Rats- und Rechtsamt der Stadt Mülheim an der Ruhr
- Sebastian Festag*, MA, Oberregierungsrat in der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, Berlin, ehemaliger Mitarbeiter im Forschungsinstitut für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit (FORSI) an der Deutschen Universität für Weiterbildung (DUW), Berlin
- Dr. Christiane Freund*, LL.M., Rechtsanwältin, Interne Ermittlungen, Konzernsicherheit, Deutsche Bahn AG, Berlin
- Dr. Gunnar Greier*, Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Köln, stellvertretender Behördenleiter
- Dr. Jens Tobias Gruber*, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Verwaltungsrecht und Partner in der Kanzlei Baumeister Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Münster
- Dr. Markus Haggenev*, Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Partner, AULINGER RECHTSANWÄLTE | NOTARE, Essen
- Dr. Robert F. Heller*, Leherbeauftragter an der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Brühl; bis 2010 Staatsrat der Finanzbehörde Hamburg und Mitglied in Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen
- Prof. Dr. Johannes Heyers*, Rechtsanwalt, AULINGER RECHTSANWÄLTE | NOTARE, Essen, Prof. der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster
- Dr. Rüdiger Hopfe*, Rechtsanwalt/Fachanwalt für Arbeitsrecht, Partner bei Schweibert Leßmann & Partner PartGmbH, Frankfurt
- Prof. Dr. Claudia Janßen Danyi*, Associate Professor, School of Communication and Journalism, Eastern Illinois University
- Prof. Dr. Matthias Knauff*, LL.M. Eur., Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Öffentliches Wirtschaftsrecht, und geschäftsführender Direktor des Instituts für Energiewirtschaftsrecht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena/Richter am Thüringer Oberlandesgericht (Vergabesenat)
- Prof. Dr. Matthias Kötter*, Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Professur für Öffentliches Recht mit dem Schwerpunkt Recht der Polizei und des Sicherheitsmanagements
- Prof. Dr. Paul Melot de Beauregard*, LL.M. (LSE), Rechtsanwalt/Fachanwalt für Arbeitsrecht, Partner bei Jones Day, Düsseldorf
- Prof. Dr. Anja Mengel*, LL.M. (Columbia), Rechtsanwältin/Fachanwältin für Arbeitsrecht, Partnerin bei Schweibert Leßmann & Partner PartGmbH, Berlin
- o.em. Prof. Dr. Dr. Detlef Merten*, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
- apl. Prof. Dr. Klaus Meßerschmidt*, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg/Humboldt-Universität zu Berlin; Rechtsanwalt, Zweibrücken
- Dr. Michaela Möhlenbeck*, Rechtsanwältin und jahrelange Tätigkeit im Bereich Compliance bei einem öffentlichen Unternehmen
- Dr. Holger Niehaus*, Richter am Landgericht, Lehrbeauftragter der Universität Münster
- Dr. Jan-Peter Ohrtmann*, Rechtsanwalt, Partner, IT- und Datenschutzrecht, PricewaterhouseCoopers Legal AG Rechtsanwaltsgesellschaft, Düsseldorf
- Dr. Nicola Ohrtmann*, Rechtsanwältin, Fachanwältin für Vergaberecht, Partnerin, AULINGER RECHTSANWÄLTE | NOTARE, Essen
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Rolf Stober*, em. Direktor des Forschungsinstitutes für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit an der Deutschen Universität für

Bearbeiterverzeichnis

Weiterbildung, Berlin; em. Direktor des Instituts für Recht der Wirtschaft, Universität Hamburg

Prof. Dr. Dr. Markus Thiel, Universitätsprofessor für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Polizeirecht, Deutsche Hochschule der Polizei, Münster

Wolf Achim Tönnies, Wirtschaftsprüfer/Rechtsanwalt/Steuerberater, of counsel bei HLB Schumacher & Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Münster

Dr. Volker Weinreich, Rechtsanwalt und Notar, Partner, Steuerrecht, Steuer- und Wirtschaftsstrafrecht, AULINGER RECHTSANWÄLTE | NOTARE, Bochum

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
Abb.	Abbildung
AbfG	Abfallgesetz
Abg.	Abgeordnete(r)
abgedr.	abgedruckt
ABl.	Amtsblatt
ABIEU	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
ABV	Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungseinrichtungen
ACER	Agency for the Cooperation of Energy Regulators
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AG	Arbeitsgruppe
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AKEIÜ	Arbeitskreis Externe und Interne Überwachung der Unternehmung der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e. V.
AktG	Aktiengesetz
AKW	Atomkraftwerk
ANBest	Allgemeine Nebenbestimmungen
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbSchG	Arbeitsschutzgesetz
ArbStättV	Verordnung über Arbeitsstätten
Art.	Artikel
ASiG	Arbeitssicherheitsgesetz
Aufl.	Auflage
AUR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
Az.	Aktenzeichen
B. v.	Beschluss vom
BAAINBw	Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnologie und Nutzung der Bundeswehr
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungssammlung des Bundesarbeitsgerichts
BAIUDBw	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
BAKred	Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
Banz.	Bundesanzeiger
BArchG	Bundesarchivgesetz
BAT	Bundesangestelltentarifvertrag
BauGB	Baugesetzbuch
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BAWe	Bundesaufsichtsamt für den Wertpapierhandel
Bay	Bayern
BayORH	Bayerischer Oberster Rechnungshof
BayPVG	Bayrisches Personalvertretungsgesetz
BayVerf	Bayrische Landesverfassung
BB	Der Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgkVerf	Kommunalverfassung des Landes Brandenburg
BC	Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling

Abkürzungsverzeichnis

Bd.	Band
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
bDSB	Behördliche/r Beauftragte/r für den Datenschutz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtenStG	Beamtenstatusgesetz
Bearb.	Bearbeiter
BeckOK	Beckscher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
BER	Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“
Beschl.	Beschluss
betr.	betreffend
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFD West	Bundesfinanzdirektion West
BfDI	Bundesbeauftragte/r für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGG	Behindertengleichstellungsgesetz
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
Biokraft-NachV	Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung
BioSt-NachV	Biomassestrom-Nachhaltigkeitsverordnung
BITKOM	Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e. V.
BITV	Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung
BKA	Bundeskriminalamt
BKartA	Bundeskartellamt
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
Bl.	Blatt
BME	Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e. V.
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BNetzA	Bundesnetzagentur
BPersVG	Bundespersonalvertretungsgesetz
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRH	Bundesrechnungshof
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
Bsp.	Beispiel
bspw.	Beispielsweise
BSR	Berliner Stadtreinigung
Bst.	Buchstabe
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buchst.	Buchstabe
BVA	Bundesversicherungsamt
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BW	Baden-Württemberg
BW LPVG	Landespersonalvertretungsgesetz Baden-Württemberg
Byod	Bring your own device
bzw.	beziehungsweise
CAD	Kapitaladäquanzrichtlinie
CB	Compliance Berater
CCZ	Corporate Compliance Zeitschrift
CDU	Christlich Demokratische Union
CG	Corporate Governance
CGK	Corporate Governance Kodex

Abkürzungsverzeichnis

CME	Compliance-Managementerklärung
CMS	Compliance-Management-System
COBIT	Control Objectives for Information Related Technology
COSO	Committee of Sponsoring Organizations of the Tradeway Commission
CPI	Corruption Perception Index
CR	Computer und Recht
CRD	Capital Requirements Directive
d. h.	das heißt
DB	Der Betrieb
DCGK	Deutscher Corporate Governance Kodex
De-Mail-G	De-Mail-Gesetz
dens.	denselben
DepotG	Depotgesetz
ders.	derselbe
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIIR	Deutsches Institut für Interne Revision
DIN	Deutsche Industrienorm
Diss.	Dissertation
DoJ	Department of Justice
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DPA	Deutsche Presse Agentur
DrittelbG	Drittelbeteiligungsgesetz
Drs.	Drucksache
DS	Der Sachverständige
DSG NRW	Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen
DStGB	Deutscher Städte- und Gemeindebund
DStJG	Deutsche Juristische Steuerengesellschaft
DStR	Deutsches Steuerrecht
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DV	Datenverarbeitungssystem
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
e. V.	eingetragener Verein
ebd.	ebenda
E-Bilanz	Elektronische Bilanz
eCommerce	elektronischer Handel
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG VOL/A	Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen im Anwendungsbereich der Richtlinie 2004/18/EG
eGovernment	elektronische Regierung
EGovG	E-Government-Gesetz
eID-Funktion	Online-Ausweisfunktion
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
ELSTAM	Elektronische Lohnsteuerabzugsmerkmale
ELSTER	Elektronische Steuererklärung
EMIR	European Market Infrastructure Regulation
EnergieStG	Energiesteuergesetz
EnergieStV	Energiesteuerverordnung
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ErgBest-FAGO Bayern	Ergänzende Bestimmungen des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen zur Geschäftsordnung der Finanzämter
ES	Ermittlung in Sonderfällen
ESMA	European Securities and Market Authority (Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde)
EStG	Einkommensteuergesetz
ESV	Erich Schmidt Verlag
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union

Abkürzungsverzeichnis

EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuR	Europarecht
EUR	Euro
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EVB-IT	Ergänzende Vertragsbedingungen für die Beschaffung von IT-Leistungen
evtl.	eventuell
EVU	Energieversorgungsunternehmen
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgend/e/er
F&E-GVO	Gruppenfreistellungsverordnung für Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen
FAGO	Geschäftsordnung für die Finanzämter
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FCPA	Foreign Corrupt Practices Act
FDP	Freie Demokratische Partei
ff.	fortfolgende
FinDAG	Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz
FKVO	Fusionskontrollverordnung
FMBL.	Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Fn.	Fußnote
FR	Finanz-Rundschau
FS	Festschrift
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
GastG	Gaststättengesetz
GBO	Grundbuchordnung
GDPdU	Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen
gem.	gemäß
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemO	Gemeindeordnung
GemO Rh.-Pf.	Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBL.	Gemeinsames Ministerialblatt
GNOFÄ	Grundsätze zur Neuorganisation der Finanzämter und zur Neuordnung des Besteuerungsverfahrens
GO	Gemeindeordnung
GoA	Geschäftsführung ohne Auftrag
GoBS	Grundsätze ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme
GO BW	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
GRCharta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
grds.	grundsätzlich
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht – Rechtsprechungs-Report
GS	Gedenkschrift
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GV NRW	Gesetz- und Ordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung